

Selbstmorde und eine Verbrennung

dab. Abgewiesene Asylbewerberinnen im Kanton Bern machen mit Demonstrationen und Forderungen auf die diskriminierenden Verhältnisse aufmerksam, in denen sie über Jahre leben müssen. Sie fordern Integration und Respekt statt Isolation und Repression und ein Leben in Würde und Freiheit.



Aufenthaltsbewilligungen statt Nothilfe und Verzicht auf Racial Profiling:
Demonstration in Bern am 20. Juli 2020. Bild: dab

«Stop Isolation» ist eine Gruppe von geflüchteten Migrant*innen mit Negativentscheid. Sie leben in den Rückkehrzentren Biel-Bözingen, Gampelen, Aarwangen und Konolfingen im Kanton Bern. «Die Rückkehrzentren sind offene Gefängnisse und bedeuten ein Leben in völliger Isolation» betonen Aktivistinnen der Gruppe, «ein Leben in Würde ist dort nicht möglich». In den Rückkehrzentren leben Asylbewerberinnen mit ablehnendem Asylentscheid, die nicht oder noch nicht in ihr Herkunftsland ausreisen können. Vernachlässigte Infrastruktur, enge Platzverhältnisse, desolate hygienische Bedingungen, Sparpolitik der Betreiberfirma und teilweise schlecht geschultes Personal von ORS und Securitas machen ihnen sehr zu schaffen. Viele leben lange Jahre unter diesen Verhältnissen. Sie verlangen Aufenthaltsbewilligungen statt Nothilfe und mehr Respekt. Ihre Integration in Gesellschaft und Wirtschaft ist von Behörden und Politik aber nicht erwünscht, sie sollen möglichst schnell aus der Öffentlichkeit und der Schweiz verschwinden.

Forderungen an Bund und Kanton

«Stop Isolation» protestiert mit Aktionen und Demonstrationen sowohl in den vier Zentren wie bei den für das Asylwesen zuständigen Behörden Migrationsdienst des Kantons Bern und Staatssekretariat für Migration (SEM). Anfang Juni übernachteten über hundert Asylsuchende in der Grossen Halle der Reitschule in Bern und hielten am Morgen dort eine Medienkonferenz ab. Sie richteten ihre Forderungen schriftlich an beide Migrationsdienste, eine Dreierdelegation wurde von beiden empfangen.

«Die Vertreterinnen des SEM machten viele Worte und zeigten viel Verständnis», sagt der Kurde Amar Salim über das Gespräch. «Sie zeigten aber kein Interesse, erklärten sich für nicht zuständig und verwiesen uns an den Kanton, der die Zentren betreibt.» Naima Chouaf, aus dem Irak geflüchtet, machte beim Gespräch mit dem kantonalen Migrationsdienst die gleichen Erfahrungen: «Er sei da, um mit uns kommunizieren, betonte Herr Maurer vom Migrationsdienst. Er könne nichts versprechen. Er wolle eine Delegation von zwei Personen ins Rückkehrzentrum Bözingen schicken, um die Zustände zu überprüfen.» Und es wurde eine schriftliche Stellungnahme zu den Forderungen versprochen.

Amar und Naima haben genug vom Verharren in den diskriminierenden Verhältnissen. Viele Bewohnerinnen der Rückkehrzentren seien resigniert und zum Teil physisch und/oder psychisch angeschlagen, es gäbe Selbstmorde. Naima: «Viele haben Angst vor Ausschaffung, Bussen und Gefängnisstrafen wegen «illegalem Aufenthalt» Die Polizei habe in letzter Zeit die Repression verstärkt, kontrolliere Flüchtlinge, gebe Bussen und betreibe Racial Proling, so Amar.

Repression und Abschreckung

Die Forderungen der Gruppe «Stop Isolation» bezeichnet die Sicherheitsdirektion des Kantons Bern in ihrer Medienmitteilung vom 17. Juli als «undemokratisch und unsolidarisch». Und sie verschanzte sich hinter dem von der Stimmbevölkerung 2016 abgesegneten Asylgesetz des Bundes und den Beschlüssen des Grossen Rats zur Nothilfe von 2019. Ausserdem seien die Hausordnung des Rückkehrzentrums und die Weisungen des Personals zu beachten. «Sollten punktuell Defizite bekannt werden, werden diese umgehend geprüft und wenn nötig behoben», schreibt die Sicherheitsdirektion. Und: «Wer rechtskräftig weggewiesen ist und Nothilfe bezieht, muss gewisse Pflichten und Einschränkungen in Kauf nehmen.» Die Direktion will die Weggewiesenen klar schlechter stellen als die anerkannten Flüchtlinge, ihnen Rechte und Integration verweigern und setzt auf Repression und Abschreckung. Sie erachtet die Forderungen «als unsolidarisch gegenüber den wirklich verfolgten Menschen, die in der Schweiz Schutz suchen.» Eine Formulierung wie aus dein Programm einer xenophoben Partei.

Unzufrieden mit der Antwort

«Das ist eine harte und kalte Antwort», kommentiert Amar Salim. «Der Kanton will zwar verstopfte Lavabos und defekte Duschen reparieren, geht aber auf die grossen Themen wie Polizeirepression, Aufenthaltsbewilligung, Härtefallgesuche und Prüfung der Asyldossiers nicht ein. Wir sind mit der Antwort unzufrieden.» Hier noch die Antwort von «Stop Isolation» an die Sicherheitsdirektion: «Wir finden es nicht undemokratisch, unsere Meinung zu sagen und Verbesserungen zu fordern. Ist es nicht undemokratisch vom Kanton Bern, uns deswegen undemokratisch zu nennen? Wir sind auch nicht unsolidarisch. Niemandem soll es schlechter gehen. Alle Menschen haben das Recht auf Respekt und ein gutes Leben in Würde und Freiheit. Es ist unsolidarisch, Menschen zu diskriminieren und zu isolieren.»

Unbehagen und Verzweiflung

Die Demonstration vom 20. Juli mit gegen dreihundert Teilnehmenden inklusive vielen Solidarischen forderte noch einmal die Sicherheitsdirektion auf, zum Forderungskatalog im Detail Stellung zu beziehen. Die Stimmung auf dem Weg zum Bundesplatz war sehr gut, viele Transparente und Tafeln wurden gezeigt und Sprechchöre gerufen. Plötzlich zündete sich dort ein abgewiesener Asylbewerber an und rannte gegen das Bundeshaus. Mehrere Demoteilnehmer setzten ihm sofort nach und löschten ihn; am Abend wurde bekannt, dass er nicht lebensgefährlich verletzt war. In dieser wachsenden Asylbewegung ist viel Unbehagen und Verzweiflung und ein starker Wille, etwas zu verändern. Weitere Aktionen und Demonstrationen sollen folgen, die Öffentlichkeit soll für die Problematik der abgewiesenen Asylsuchenden aufgerüttelt werden, Gesetzesänderungen sollen erreicht werden.

Recht auf Respekt und Würde

Redaktion. Viele abgewiesene Asylsuchende sind bereits über Jahre in der Schweiz, leben von der Nothilfe und werden in ihren Rechten beschnitten. Die Bewohnerinnen der bernischen Rückkehrcamps Bözingen, Gampelen und Aarwangen wehrten sich mit Demonstrationen und diesen Forderungen an die kantonale und die nationale Migrationsbehörde.

Viele von uns sind bereits über Jahre, manche sogar über zehn Jahre in der Schweiz. Trotzdem gelten wir als illegal und leben von der Nothilfe. Viele von uns besitzen keinen gültigen Pass und können aus Sicherheitsgründen nicht auf die Botschaft, um sich einen neuen Pass ausstellen zu lassen. Im Kanton Bern werden Härtefallgesuche nur akzeptiert, wenn ein gültiger Pass vorliegt. Wir fordern, dass Härtefallgesuche auch ohne Pass akzeptiert werden. Wir möchten endlich ein selbstständiges Leben aufbauen und nicht mehr von der Nothilfe leben. Wir fordern, dass alle Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Wer eine Stelle findet, soll auch eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Wir fordern, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) unsere Dossiers noch einmal anschaut und ernsthaft prüft.

Rechte statt Beschränkungen

In den Rückkehrzentren ist kein Leben in Würde und Respekt möglich. Das kantonale Gesetz ist entrechtend und diskriminierend. Das Personal der ORS AG und der Securitas AG verwaltet uns nur, statt uns zu respektieren und zu unterstützen. Wegen der Anwesenheitspflicht im Camp und dem Zwang, jeden Tag persönlich zu unterschreiben, sind unsere Bewegungsfreiheit, unser Privatleben, unser Familienleben und unsere Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Wir fordern, dass diese Freiheitsbeschränkungen gestoppt werden. Einige von uns haben eine private Unterbringung gefunden. Wir fordern, dass auch sie die acht Franken Nothilfegeld pro Tag bekommen.

Zugang zum Gesundheitssystem

Nicht wir entscheiden darüber, ob wir ins Spital gehen oder ärztliche Behandlung erhalten, sondern dass - teilweise nicht gut geschulte - Personal der ORS AG. Menschen, die dringend gute Behandlung nötig haben, bekommen teilweise nur Schmerzmittel oder Antidepressiva. Wir fordern den gleichen Zugang zum Gesundheitssystem, den auch andere Menschen in der Schweiz erhalten. Angestellte der ORS AG und der Securitas AG begegnen uns nicht immer mit Respekt und setzen uns oft unter Druck. Wir fordern Respekt und Wege, um uns gegen diskriminierende Erfahrungen zu wehren.

Hitze, Kälte, Gratisarbeit

Das Leben in den Containern ist gesundheitlich nicht zumutbar, da es im Sommer sehr heiss und im Winter sehr kalt ist. Wir fordern lebenswürdige Unterbringungen. Bisher haben wir zwei Franken pro Stunde erhalten, wenn wir für das Camp geputzt oder gearbeitet haben, neu müssen Reinigung und andere Arbeiten, die wichtig sind, um das Camp sauber zu halten, gratis gemacht werden. Wir fordern: Keine Arbeit ohne Mindestentschädigung. Wir sind Menschen wie andere auch in diesem Land. Wir fordern Gleichberechtigung und einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohnungen, Gesundheit und Bildung. Die Zimmer, Küchen und Toiletten in den Rückkehrcamps sind viel zu klein, es leben zu viele Menschen auf engem Raum.

Schluss mit «Racial Profiling»

Die Polizei kontrolliert uns ständig und bestraft uns während Jahren immer wieder wegen «illegalem Aufenthalt» in der Schweiz. Wir fordern, dass das Racial Profiling gestoppt wird. Besonders rund um die Rückkehrzentren und den Ortschaften in der Nähe der Rückkehrzentren sollen keine verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen stattfinden. Viele von uns erhalten immer wieder Bussen und Gefängnisstrafen wegen «illegalem Aufenthalt». Als Abgewiesene dürfen wir den Kanton Bern nicht verlassen, um Familie oder Freundinnen in anderen Kantonen zu besuchen. Wir fordern die Aufhebung der Residenzpflicht und das Respektieren unserer Bewegungsfreiheit.

Keine Ausschaffungen!

Wir sind nicht zum Spass in der Schweiz, sondern weil wir nicht anders können. Wir wollen nicht in die Länder zurück, aus denen wir geflüchtet sind. Immer wieder bringen sich einige von uns aus Angst vor der Ausschaffung selbst um. Wir fordern eine unabhängige Aufarbeitung von allen Todesfällen und Massnahmen, um Selbsttötungen sofort zu stoppen. Wir fordern einen sofortigen Ausschaffungsstopp. Wir fordern ein Leben in Respekt und Würde.

KURZ und SCHNURZ

Überraschend und völlig gegen ihr politisches Programm fordert die SVP, Flüchtlingen mit Negativentscheid, die in einem Betrieb eine Lehre absolvieren, eine Aufenthalts- und eine Arbeitsbewilligung zu erteilen.

In ihrem typisch liberalen Egoismus und Sozialdarwinismus fordert die Partei Privilegien für Abgewiesene, die auch in SVP-Unternehmen arbeiten, weil diese Betriebe davon profitieren. Für all die anderen Abgewiesenen und die Missstände und Diskriminierungen im Asylwesen interessiert sich die Partei nicht im Geringsten. Trotzdem könnte ihr Vorstoss dazu beitragen, politisch etwas in Bewegung zu bringen, **dab**